

Schreiber, Hans-Jürgen; Leschinsky, Achim

## **Luther vor der Revisionsinstanz. Der Konflikt um das Luther-Bild und der Einfluß der Historiker auf die Revision des DDR-Geschichtslehrplanes in den 80er Jahren**

*Zeitschrift für Pädagogik 46 (2000) 2, S. 275-294*



Quellenangabe/ Reference:

Schreiber, Hans-Jürgen; Leschinsky, Achim: Luther vor der Revisionsinstanz. Der Konflikt um das Luther-Bild und der Einfluß der Historiker auf die Revision des DDR-Geschichtslehrplanes in den 80er Jahren - In: Zeitschrift für Pädagogik 46 (2000) 2, S. 275-294 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-68961 - DOI: 10.25656/01:6896

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-68961>

<https://doi.org/10.25656/01:6896>

in Kooperation mit / in cooperation with:

# **BELTZ**

<http://www.beltz.de>

### **Nutzungsbedingungen**

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### **Terms of use**

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### **Kontakt / Contact:**

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Digitalisiert

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft

# Zeitschrift für Pädagogik

Jahrgang 46 – Heft 2 – März/April 2000

## *Essay*

- 159 JULIANE JACOBI  
Friedrich Schleiermachers „Idee zu einem Katechismus der Vernunft für edle Frauen“. Ein Beitrag zur Bildungsgeschichte als Geschlechtergeschichte

## *Thema: Neue Entwicklungen in der Sonderpädagogik*

- 175 VERA MOSER  
Disziplinäre Verortungen. Zur historischen Ausdifferenzierung von Sonder- und Sozialpädagogik
- 193 URSULA HOFER  
Sensualismus als Grundlage erster sonderpädagogischer Unterrichtsversuche. Seine Bedeutung für die Frage nach der Bildbarkeit blinder Menschen
- 215 ROLF GÖPPEL  
Der Lehrer als Therapeut? Zum Verhältnis von Erziehung und Therapie im Bereich der Verhaltensgestörtenpädagogik

## *Weitere Beiträge*

- 235 HEINER ULLRICH  
Naturwissenschaft und Bildung. Betrachtungen über die Aktualität des genetischen Lernens
- 251 ISABELL DIEHM  
Erziehung und Toleranz. Handlungstheoretische Implikationen Interkultureller Pädagogik
- 275 HANS-JÜRGEN SCHREIBER/ACHIM LESCHINSKY  
Luther vor der Revisionsinstanz. Der Konflikt um das Luther-Bild und der Einfluß der Historiker auf die Revision des DDR-Geschichtslehrplanes in den 80er Jahren

## *Diskussion*

- 295 URSULA PEUKERT  
Neue Medien und die Logik frühkindlicher Bildungsprozesse

## *Besprechungen*

- 311 ANDREAS GRUSCHKA  
*Clemens Albrecht/Günther C. Behrmann/Michael Bock/  
Harald Hohmann/Friedrich H. Tenbruck: Die intellektuelle Gründung  
der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule*
- 315 HANS-WERNER FUCHS  
*Dieter Keiner: Erziehungswissenschaft und Bildungspolitik*
- 318 DIETHER HOPF  
*Cristina Allemann-Ghionda: Schule, Bildung und Pluralität.  
Sechs Fallstudien im europäischen Vergleich*
- 323 SIEGFRIED UHL  
*Peter H. Ludwig: Ermutigung, Optimierung von Lernprozessen  
durch Zuversichtssteigerung*
- 325 LUDWIG LIEGLE  
*Wolfgang Tietze (Hrsg.): Wie gut sind unsere Kindergärten?  
Eine Untersuchung zur pädagogischen Qualität in deutschen  
Kindergärten*

## *Dokumentation*

- 331 Pädagogische Neuerscheinungen

## *Contents*

### *Essay*

- 159 JULIANE JACOBI  
Friedrich Schleiermacher's "Concept of a Catechism of Reason  
for Noble Women" – A Contribution to the History of Education  
as Gender History

### *Topic: Recent Developments in Special Education*

- 175 VERA MOSER  
Disciplinary delimitations – On the historic differentiation of special  
education and social pedagogics
- 193 URSULA HOFER  
Sensualism As a Basis for First Experiments in the Instruction  
of the Handicapped – Its significance for the question of the educability  
of the blind
- 215 ROLF GÖPPEL  
The Teacher As Therapist? – On the relation between education  
and therapy in the field of education for maladjusted children

### *Further Contributions*

- 235 HEINER ULLRICH  
Natural Science and Education – Reflections on the pertinence  
of genetic learning
- 251 ISABELL DIEHM  
Education and Tolerance – Action-theoretical implications  
of intercultural pedagogics
- 275 HANS-JÜRGEN SCHREIBER/ACHIM LESCHINSKY  
MARTIN LUTHER Before the Court of Appeal – The debate on  
MARTIN LUTHER and the influence of historians on the revision  
of the curriculum for history in the GDR during the 1980s

### *Discussion*

- 295 URSULA PEUKERT  
New Media and the Logics of Educational Processes In Early Childhood
- 311 BOOK REVIEWS
- 331 NEW BOOKS

## Luther vor der Revisionsinstanz

*Der Konflikt um das Luther-Bild und der Einfluß der Historiker auf die Revision des DDR-Geschichtslehrplanes in den 80er Jahren*

### *Zusammenfassung*

Anfang der 80er Jahre waren führende Historiker der DDR aus Anlaß des 500. Geburtstages von MARTIN LUTHER um eine Neubewertung der historischen Leistungen des Reformators bemüht. Gleichzeitig waren sie an den Arbeiten zur Revision des Geschichtslehrplanes beteiligt. Im Ergebnis spiegelte allerdings der Lehrplan kaum etwas von ihren Bemühungen um eine differenzierte Würdigung der Reformation und von der durch ERICH HONECKER sanktionierten Aufnahme LUTHERS in die „progressive Tradition“ der DDR. Der Beitrag rekonstruiert die Diskussion um die Lehrplanrevision. Im Hintergrund standen unterschiedliche politische Interessen: Gegenüber einer an außenpolitischen Interessen orientierten Staatsräson behauptete sich eine Parteiräson, die auf innen- und machtpolitische Interessen setzte. Trotz großen Aufwandes konnte der Anspruch auf eine einheitliche ideologische Führung nicht verwirklicht werden.

### *1. Einleitung*

Aus Anlaß des 500. Geburtstages von MARTIN LUTHER im Jahre 1983 arbeiteten führende Historiker der DDR seit 1979 an einer Neubewertung der historischen Leistungen des Reformators. Dies war Teil einer Diskussion um Erbe und Tradition, in der insgesamt eine differenziertere Sicht des „nichtsozialistischen Erbes“ deutscher Geschichte erstrebt wurde. Nach der Intention ERICH HONECKERS sollte LUTHER im Jubiläumsjahr 1983, entgegen dem bis in die 70er Jahre vertretenen Bild, „ohne Verzerrungen“ als „großer Deutscher unserer Geschichte“ gewürdigt werden (vgl. DOHLE 1996, S. 57). Die kulturellen und wissenschaftlichen Veranstaltungen des Jubiläums sollten vor allem der internationalen Reputation der DDR dienlich sein. Eine solche Instrumentalisierung LUTHERS aus der Perspektive der Staatsräson war jedoch kaum möglich, ohne zugleich die bislang politisch diskriminierten protestantischen Kirchen in der DDR aufzuwerten. Das umfangreiche Veranstaltungsprogramm des Jubiläums sicherte den Kirchen eine bis dahin nicht gekannte, breite Öffentlichkeit. Seit 1978 hatte der SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzende auf einen neuen „Verständigungskurs“ mit dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR gesetzt, der auch im LUTHER-Jubiläum seine Bestätigung finden sollte. Teilen der Nomenklatur, für die Parteiräson und unbedingte Machtsicherung im Zentrum standen, war dies jedoch ein Dorn im Auge, da auf Kirchentagen und Synoden dennoch Kritik an der sich immer krasser abzeichnenden Reformunfähigkeit der Partei- und Staatsführung geäußert wurde. Deshalb kam es bereits seit 1982 im Spannungsfeld von Innen- und Außenpolitik zu zunehmenden Zielkonflikten bzw. Divergenzen zwischen Kultur-, Kirchen- und Schulpolitik (vgl. DOHLE 1996; DÄHN 1996). Das blieb auch bei den Diskussionen um die Revision des Geschichtslehrplanes, mit de-

ren zentraler Leitung und Koordinierung die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) seit Mai/Juni 1982 durch das Ministerium für Volksbildung (MfV) beauftragt worden war, nicht ohne Auswirkungen. Führende Historiker waren daran von Anfang an beteiligt. Vor dem Hintergrund der entstandenen politischen Divergenzen war unter ihnen jedoch die von ERICH HONECKER beförderte Revision des LUTHER-Bildes umstritten. Der Einfluß der Gruppe von Historikern, die im Zusammenhang mit dem revidierten LUTHER-Bild für eine vertiefte und differenzierte Erbe- und Traditionsauffassung eintrat, wurde im Entwicklungsprozeß des Lehrplanwerkes für die Schulen durch maßgebliche Vertreter des MfV, insbesondere durch Minister Margot Honecker<sup>1</sup>, zurückgedrängt. An dem von ihr verfochtenen machtpolitischen Kalkül scheiterte letztlich die Aufnahme des neuen LUTHER-Bildes in den revidierten Lehrplan und das entsprechende Lehrbuch.

Dieser Fall wirft ein Licht auf das Prozedere und die Organisation der Arbeit am Geschichtslehrplan, in dem bisherige Forschungsergebnisse und Fragestellungen unseres Erachtens neu überdacht werden müssen. Das betrifft insbesondere die Frage nach dem Einfluß der ostdeutschen Historiker in der Lehrplanarbeit. Bei den Debatten der Geschichtsdidaktiker bzw. -methodiker nach 1989/90, die am deutsch-deutschen Vergleich ansetzten, wurden der kommunikative Prozeß und die Organisation der Lehrplanarbeit in der DDR nur in Ansätzen thematisiert. Unter totalitarismustheoretischer Perspektive schien die Frage nach dem Einfluß der Historiker in der Lehrplanentwicklung keine besondere Aufmerksamkeit zu verdienen. Äußere partokratische Zentralisierung sowie ein durch alle Beteiligten „verinnerlichter Stalinismus“ sorgten nach dieser Auffassung für die reibungslose Durchsetzung einer einheitlichen Parteilinie in einem politisch-ideologisch integrierten System von Institutionen (vgl. GRESS 1991; SZALAI 1994). Diese umfaßten sowohl den SED-Apparat, die staatliche Administration, Wissenschaftseinrichtungen, die Institutionen der Lehreraus- und weiterbildung sowie den für die Erstellung der Unterrichtswerke und -materialien verantwortlichen Verlag. Für den Bereich der Zeitgeschichte ist eine solche Sicht durchaus zutreffend. Sie wurde jedoch aus westdeutscher Perspektive auch auf die Auseinandersetzungen um die Revision des Luther-Bildes übertragen (vgl. JACOBMEYER 1983). Gerade dieser Fall zeigt jedoch, daß die parteiliche Geschichtsdebatte der 80er Jahre inkonsistent wurde. Trotz einheitlicher organisatorischer Steuerung durch den Rat für Geschichtswissenschaft beim Institut für Marxismus-Leninismus des ZK der SED konnte der Anspruch auf eine einheitliche ideologische Führung nicht mehr eingelöst werden. Der Rat bewältigte die ihm zugedachte Aufgabe der inhaltlichen Führung nicht. Dies Defizit war Produkt konfligierender Herausforderungen aus den verschiedenen Politikfeldern, insbesondere des wachsenden Widerspruchs zwischen Außen- und Innenpolitik, mit dem auch Staats- und Parteiräson zunehmend auseinanderfielen.

Aus dieser Perspektive ist es sinnvoll, der Frage nach dem Einfluß der Historiker auf die Lehrplanrevision nachzugehen; dabei wird unterstellt, daß es konkurrierende Auffassungen bzw. Alternativen gegeben haben muß. Der in-

1 Wir folgen mit dieser maskulinen Bezeichnung dem in der DDR üblichen amtlichen Sprachgebrauch.

stitutionelle Rahmen der Lehrplanarbeit soll im folgenden Beitrag in Verbindung mit der inhaltlichen Debatte beschrieben werden. Zunächst wollen wir uns den unterschiedlichen Akzentuierungen des „nationalen Geschichtsbildes“ der DDR zuwenden, wie sie in der Debatte um Erbe und Tradition und speziell in der umstrittenen Revision des LUTHERbildes vorgenommen worden sind. Dem deutlich werdenden Spannungsverhältnis von Partei- und Staatsräson gilt unser besonderes Interesse. Dann fragen wir am exemplarischen Fall des Luther-Bildes nach dem Einfluß der Historiker im Prozeß der Lehrplanarbeit. Die Durchsetzung des machtpolitischen Kalküls bei der Revision des Geschichtslehrplanes steht dabei im Mittelpunkt.

## *2. Die Debatte um Erbe und Tradition und der Rat für Geschichtswissenschaft*

Erbe und Tradition waren bis in die 70er Jahre ausschließlich nach einem in der Parteiräson zentrierten Schwarz-Weiß-Schema unterschieden worden: Die deutsche Geschichte war gemäß dem ideologischen Grundmuster des stalinistischen Antifaschismus (vgl. MEUSCHEL 1992, S. 29–122) in „zwei Klassenlinien“ aufgeteilt worden. Die Tradierung des „reaktionären Erbes“ war dabei den Herrschenden in der Bundesrepublik zugeordnet worden, während die SED für die DDR das „progressive Erbe“ in Anspruch genommen hatte. Im „Nationalen Dokument“ von 1962, das nach dem Mauerbau die politisch-ideologischen Vorgaben der SED-Führung zur Ausarbeitung eines „nationalen Geschichtsbildes“ enthielt, erschien die DDR als Kernstaat einer „Klassennation“, der mit dem Anspruch auftrat, das „bessere Deutschland“ zu verkörpern. Demgegenüber wurde die Bundesregierung – wegen des vorgeblichen Verrats der nationalen Interessen an die „imperialistischen Westmächte“ – zum „nationalen Klassenfeind“ stilisiert. Die Geschichtswissenschaft hatte mit einem auf parteipolitische Tradierung reduzierten Erbeverständnis diesem nationalen Führungsanspruch der SED zuzuarbeiten. Diesen suchte man vor allem aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des Antifaschismus zu legitimieren, indem man die SED als deren „einzige Sachwalterin und Vollstreckerin“ hinstellte (vgl. BRINKS 1992, S. 135–137; ERDMANN 1996, S. 121–153).

Mit dem deutsch-deutschen und dem europäischen Vertragswerk ( innerhalb der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit) normalisierten sich während der 70er Jahre die zwischenstaatlichen Beziehungen. Um die internationale Anerkennung der DDR zu erreichen, entschloß sich E. HONECKER, den ULBRICHTSchen Alleinvertretungsanspruch aufzugeben. Die neue Konstruktion einer auf das Staatsterritorium der DDR bezogenen „sozialistischen deutschen Nation“ erlaubte nicht nur eine im Vergleich zu ULBRICHTS Zeiten entschieden pragmatischere Politik, sondern trug auch den sowjetischen Vorgaben zu einer neuen internationalen Entspannungspolitik zu Anfang der 70er Jahre Rechnung. Wenn die DDR völkerrechtliches Subjekt sein wollte, mußte sie sich auch als eigenständiger Nationalstaat bekennen. Entsprechend war die Verfassung von 1974 abgefaßt und das Gebot zur Überwindung der deutschen Spaltung gestrichen worden, das in der Verfassung von 1968 noch enthalten war. Weil die Bestimmungen des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages von 1972

aber keinen allgemein akzeptierten völkerrechtlichen Charakter hatten, sollte eine offensive Geschichtspropaganda und Selbstdarstellung der DDR weiterhelfen. Diese mußte nun entschieden mehr die Staatsräson und weniger die SED in den Mittelpunkt rücken (vgl. ERDMANN 1996, S. 155–172).

Historiographisch lief diese Neuorientierung darauf hinaus, ein Verständnis von Erbe und Tradition zu entwickeln, das im Unterschied zur bisherigen schematischen Aufspaltung mehr integrative Züge aufwies. Für das Interesse an einer „Nationalgeschichte der DDR“ lieferte die Orientierung an der Geschichte der Arbeiterbewegung keine ausreichende Grundlage mehr. Der Charakter des Nachkriegsprovisoriums DDR war nur abzustreifen, wenn tiefere und breitere Wurzeln dieses Staatesgebildes in der deutschen Geschichte nachzuweisen waren. Unter dieser Prämisse mußte auch der Beitrag des Bürgertums sowie vorbürgerlicher Eliten zum historischen Fortschritt, selbst wenn dabei Widersprüche zu erkennen waren, beachtet und differenzierter als bislang gewertet werden (vgl. ebd., S. 192–235). Das wurde das dominierende Thema der Historiker-Debatte um Erbe und Tradition in den 80er Jahren (vgl. MEIER/SCHMIDT 1988). Das Verhältnis von historischem Erbe und politischer Tradition wurde neu thematisiert. Gegen die bisherige parteipolitische Tradierung erhielt die Historisierung überlieferter Geschichtsbilder im Zeichen der stärker betonten Staatsräson eine neue Chance. Innerhalb der Debatten im Rat für Geschichtswissenschaft beim Institut für Marxismus-Leninismus des ZK der SED, der seit Ende der 60er Jahre das für die zentrale organisatorische Steuerung und einheitliche ideologische Führung der gesamten historiographischen Forschung und Propaganda der DDR zuständige Spitzengremium war, stießen entsprechende Bestrebungen allerdings auch auf politisch motivierte Vorbehalte. Der Rat bot eine Bühne für die verschiedenen Diskussionsbeiträge, auf die wir uns im folgenden beziehen.

Die Revision des LUTHER-Bildes und die Veranstaltung des Jubiläums 1983 galten als „exemplarisch“ für eine „souveräne sozialistische Erberezeption“ (vgl. SCHMIDT 1988, S. 642). Die Historisierung überlieferter LUTHER-Bilder, die zwischen Kritik und Heroisierung geschwankt hatten, sollte den Zugang zum „wirklichen historischen Luther“ eröffnen. Dieser Zugang implizierte nicht nur kritische Distanz zum konservativen Luthertum, sondern auch zu den „linken“ Luther-Bildern, die von Müntzer bis zur Arbeiterbewegung üblich gewesen waren. Der Mediävist G. BRENDLER gab mit seinem Vortrag bei der Zentralen wissenschaftlichen Konferenz der Historiker anläßlich des 30. Jahrestages der DDR im Jahre 1979 zu einer solchen revidierten Betrachtung den Auftakt (vgl. BRENDLER 1979; STEINMETZ 1982). Außerdem verlieh die Übernahme des Vorsizes im „Luther-Komitee der DDR“ durch ERICH HONECKER den Bemühungen um eine Neubewertung der historischen Leistungen LUTHERS die entscheidende Legitimation: Auf HONECKERS Rede zur Konstituierung des Komitees im Juni 1980 konnten sich die Protagonisten der Historiker-Debatte um Erbe und Tradition von Anfang an beziehen (vgl. BARTEL 1981; BARTEL/SCHMIDT 1982). Bislang war das Luther-Bild in der DDR geradezu stereotyp auf den Gegensatz zwischen LUTHERS „bürgerlich-gemäßigter Reformation“ und MÜNTZERS „Volksreformation“ bzw. dem Bauernkrieg von 1524/25 ausgerichtet gewesen. Trotz partieller Würdigung der historischen Leistungen LUTHERS, die man in der Auslösung und Formierung einer breiten antifeudalen Oppositionsbewegung gegen die „römi-



sche Papstkirche“ sah, hatten bis in die 70er Jahre nur MÜNTZERS „Volksreformation“ und der Bauernkrieg als direkte Wegbereiter der DDR und ihrer „revolutionären Tradition“ gegolten. Man hatte sich dabei vor allem auf LUTHERS „haberfüllte“ Schrift „Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der anderen Bauern“ sowie seinen Übergang zum Aufbau einer an den Landesfürsten orientierten Staatskirche berufen (vgl. Klassenkampf 1974, S. 146–163).

Es war deshalb für die Öffentlichkeit in der DDR nicht ohne Überraschung, als HONECKER im Juni 1980 erklärte, daß LUTHER „einer der größten Söhne des deutschen Volkes“ gewesen sei und sein Wirken und Vermächtnis zu den „progressiven Traditionen“ gehöre, die die DDR pflege und weiterführe. Das entscheidende Kriterium für die Tradierung historischer Klassenkämpfe und Persönlichkeiten sah HONECKER in ihrem „objektiven“ Beitrag zum Fortschritt und zur Entwicklung der Weltkultur, *„ganz gleich, in welcher sozialen und klassenmäßigen Bindung sie sich befanden“* (vgl. HONECKER 1980, S. 10, 12; Hervorhebung durch die Verf.). Auf diese Weise war die Erarbeitung eines neuen und differenzierten LUTHER-Bildes von den Vorbehalten und Ängsten jener kommunistischen „Altkader“ gelöst worden, die der damit letztendlich verbundenen Aufwertung der Kirchen mit äußerstem Mißtrauen gegenüberstanden. Die Staatsräson gab bei dieser Betrachtung den Ausschlag. HONECKER verband mit der feierlichen Ausrichtung des LUTHER-Jubiläums das Ziel eines internationalen Reputationsgewinns für die DDR. Die Einladung der meisten europäischen Staatsoberhäupter zu den Feierlichkeiten in die DDR sollte signalisieren, daß die DDR – trotz der seit 1979 wieder zunehmenden Spannungen zwischen der Sowjetunion und den USA – zu einem eigenständigen Beitrag zur europäischen Sicherheits- und Entspannungspolitik bereit und in der Lage war. Für dieses propagandistische Ziel war auch der von HONECKER in seinem Treffen mit dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 6. März 1978 eingeleitete neue „Verständigungskurs“ von Bedeutung. Der damalige DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen, KLAUS GYSI, sprach in einem Vortrag vor dem Königlichen Institut für Internationale Angelegenheiten in London im Mai 1981 in diesem Zusammenhang sogar von einem „großen historischen Experiment in unserer Kirchenpolitik“ und einer „großen Chance“ (vgl. WENSIERSKI 1983, S. 3, Anm. 1).

Allerdings wurde solches Ansinnen keineswegs von der gesamten SED- und Staatsführung geteilt. Das labile Gleichgewicht „sachorientierter Kooperation“ zur Vorbereitung und Durchführung des Jubiläums, das auf der höchsten Ebene von Staat und Kirche stabilisiert werden konnte, wurde gleichzeitig sowohl von verschiedenen „Bürokratien“ des Partei- und Staatsapparates als auch aus dem kirchlichen Raum heraus destabilisiert. Konflikte entstanden vor allem um die Themenfelder Frieden und Ökologie, Jugend und Schule sowie Information. Der Druck der unter dem Dach der Kirchen in der DDR entstandenen sozialen Bewegungen wuchs und nährte das Konfliktpotential. Forderungen nach einem „Sozialen Friedensdienst“ und der Abschaffung des 1978 vom Volksbildungsministerium in den 9. und 10. Klassen eingeführten Pflichtfaches „Sozialistische Wehrerziehung“ sowie das Dokumentieren pazifistischer Positionen durch Jugendliche gingen trotz der Ansätze „neuen Denkens“, die in HONECKERS außen- und sicherheitspolitischem Konzept einer „Koalition der Vernunft und des Realismus“ enthalten waren, weit über das hinaus, was die

„Friedensdoktrin“ der Partei- und Staatsführung vorsah (vgl. WENSIERSKI 1983). Als die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR im September 1983 die deutliche Kluft zwischen der Außen- und Innenpolitik in der Friedensfrage beklagte und Bischof J. HEMPEL die „wachsende Enttäuschung und Verbitterung vieler Bürger“ über die vor allem innenpolitische Reformunfähigkeit artikuliert, wurde das als „Einmischungsversuch“ in staatliche Angelegenheiten zurückgewiesen. Die gesellschaftlichen „Mitwirkungsmöglichkeiten“ der Kirche wurden wieder drastisch eingeschränkt und der „Verständigungskurs“ ERICH HONECKERS wurde mit dem Politbürobeschluss vom 26.10.1983 förmlich beendet (vgl. DOHLE 1996, S. 90).

Mochte auch die kirchenpolitische Linie bereits kurz vor Abschluß der Feierlichkeiten für LUTHER durch die SED wieder zurückgenommen worden sein, hatte doch die Historiker-Debatte um Erbe und Tradition durch das Engagement des Generalsekretärs erkennbar an Fahrt gewonnen. Aufgrund ihrer Eigendynamik war ihr nicht mehr einfach politisch Einhalt zu gebieten. Zudem lagen die wichtigsten historiographischen Arbeiten zur Revision des LUTHER-Bildes zu diesem Zeitpunkt bereits vor (vgl. vor allem BRENDLER 1983a; BARTEL/BRENDLER/HÜBNER/LAUBE 1986). Dabei ging es in der Debatte um Erbe und Tradition keineswegs ausschließlich um das LUTHER-Bild; vielmehr hatte sie zunächst als Debatte über die Geschichte Preußens begonnen. Auch bei dieser Themenstellung war die Frage entstanden, ob man mit der schematischen Unterscheidung der ULBRICHTSchen „zwei Klassenlinien“ dem historischen Erbe hinreichend gerecht werden könne (vgl. MITTENZWEI 1978, S. 74). Die Debatte um LUTHER war allerdings deswegen brisanter, weil sie auf eine positive politische Neu- bzw. Umwertung hinauslief. Was die Einschätzung Preußens angeht, war eine solche Wendung keineswegs politisch gewollt. SED-Politbüromitglied K. HAGER und die Historiker gaben sich vielmehr alle erdenkliche Mühe, dem Eindruck entgegenzutreten, als sei es um das verspätete Selbstbekenntnis zu einem „roten Preußen“ zu tun (vgl. Die Gesellschaftswissenschaften, S. 40–41; SCHMIDT 1981). Je weiter indessen die Analyse fortschritt und differenziertere Züge gewann, verblaßte die bis dahin sehr scharfe Kritik an „preußisch-deutschen Sonderwegen“ – mit der Folge, daß die veränderte Einschätzung bei westlichen Marxisten, aber auch bei liberalen Historikern zum Teil Irritationen auslöste (vgl. SEEBER 1988)<sup>2</sup>.

Die Protagonisten der Historiker-Debatte um Erbe und Tradition wollten deutlich machen, daß es sich bei der Aneignung des historischen Erbes keineswegs nur um politische Tradierung handele. Kritik habe sich sowohl am „reaktionären“ als auch am „progressiven“ Erbe zu artikulieren. Angesichts fließender „Übergänge von Fortschritt und Reaktion“ war die Entscheidung schwierig, was aus dem „nichtsozialistischen Erbe“ deutscher Geschichte in die „progressive Tradition“ der DDR aufzunehmen war<sup>3</sup>. Diese schien auch mit der (oben zitierten) Formel aus HONECKERS LUTHER-Rede keineswegs gefun-

2 Vgl. beispielsweise die Diskussionsbemerkungen von W. SCHMIDT und G. SEEBER auf ostdeutscher sowie von F. DUVE und J. KOCKA auf westdeutscher Seite (MILLER/RISTAU 1988, S. 57–65, 70–71, 82–86).

3 Eine Einschätzung in dieser Frage versuchte der Rat für Geschichtswissenschaft seit seiner Novembertagung im Jahr 1980 zu finden (vgl.: BARTEL 1981; KÜTTLER/SEEGER 1981; SCHMIDT 1981).

den. Zwar wurde durch die These, alles Fortschrittliche sei unabhängig von der jeweiligen Klassenbindung tradierenswert, die Überwindung der engen doktrinenären Grenzen der Parteiräson bekundet. Wenn man aber mit dieser Devise die preußische Geschichte durchmusterte, dann lief das doch auf die nicht gewollte Konsequenz vom „roten Preußen“ hinaus.

Das Kriterium des „gesellschaftlichen Fortschritts“ erwies sich für die politische Entscheidung über die Tradierbarkeit als unzureichend. Seit 1982 wurde zunehmend klar, daß ein „Automatismus“ für die Tradierung von historischen Beiträgen zum Fortschritt ausgeschlossen sein mußte. Das entscheidende Kriterium wurde vielmehr an der Unterscheidung „Revolution von unten“ oder „Revolution von oben“ festgemacht, wie dies ja auch dem Referenzrahmen des „Historischen Materialismus“ entsprach, aber bei einer undifferenzierten Handhabung von HONECKERS Formel aufgegeben worden wäre. Das bedeutete dennoch, daß letztlich vom Bereich des politisch Tradierbaren ein Bereich des historischen Erbes unterschieden wurde, in dem „sich Progressives und Reaktionsäres unauflöslich mischten“ und eine „schematische“ Trennung unmöglich schien. Die kritische Aneignung dieses historischen Erbes stellte nach Auffassung der Protagonisten der Historiker-Debatte ganz besondere Anforderungen. Bei einem „tieferen Verständnis für das Ganzheitliche des Geschichtsprozesses“ sollte klar werden, daß es in der deutschen Geschichte historische Persönlichkeiten und Kämpfe gegeben habe, die hinsichtlich bestimmter Aspekte ihres Beitrages zum historischen Fortschritt zwar auch positiv zu bewerten, insgesamt aber nicht tradierbar seien. Umgekehrt existierte aber auch tradierbares fortschrittliches Erbe, das keineswegs ausschließlich positiv zu bewerten war. Als Exempel für den ersten Fall galt das revidierte Preußenbild, für den zweiten Fall stand die Revision des Bildes von Reformation und Bauernkrieg (vgl. BARTEL/SCHMIDT 1982; BARTEL/SCHMIDT 1984 a; SCHMIDT 1988). Deutlich wurde, daß man sich mit diesem Konzept von der bis dahin unterstellten Identität von Geschichts- und Traditionsbewußtsein entfernt hatte. BRENDLER beispielsweise betonte hinsichtlich der Revision des MÜNTZER-Bildes, die derjenigen des LUTHER-Bildes mehr oder weniger notwendig folgte, daß es Aufgabe der Historiker sei, „Legenden abzubauen und Klischees aufzubrechen“, denn es handle sich nicht um die Bereitstellung eines Leitbildes, sondern einer „Menge (von) Lernbilder(n)“ (Ein neues Müntzerbild 1989, S. 13, 17).

Solche Überlegungen waren allerdings führenden Zeitgeschichtlern, die ebenso im Rat für Geschichtswissenschaft vertreten waren, fremd. Die von Mediävisten angestrebte Differenzierung zwischen historischem Erbe und politischer Tradition wurde von dieser Seite wieder eingeebnet. Der entscheidende Bezugspunkt blieb für die Zeitgeschichtler die Geschichte der kommunistischen Arbeiterbewegung (vgl. HERTZER 1983), wie es schon in der ULBRICHTSchen Konzeption vorgezeichnet war. Die Sorge galt der Gefahr, daß die Diskussion über das „nichtsozialistische Erbe“ und seine angemessene Einschätzung auf die Betrachtung der kommunistischen Arbeiterbewegung und des Staatssozialismus hätte ausstrahlen können. In der Konsequenz hätte die Forderung nach einer Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit nahegelegt, was der Legitimation der Parteiherrschaft den Boden entzogen hätte. Deshalb beförderte auch der Rat für Geschichtswissenschaft die De-

batte um Erbe und Tradition nur halbherzig, denn Mitglieder aus dem Institut für Marxismus-Leninismus, wie z. B. der Ratsvorsitzende E. DIEHL, sahen in ihr das Risiko der Aufwertung nichtkommunistischer Strömungen der Arbeiterbewegung (vgl. SCHMIDT 1992, S. 1028). Der Schwerpunkt dieser Debatte um Erbe und Tradition wurde keineswegs zufällig auf das „nichtsozialistische Erbe“ gelegt. Denn nur hier schien die Überwindung jener engen Grenzen möglich, die die parteipolitische Tradierung seit ULBRICHT gezogen hatte, und nur hier war sie nicht mit einem forschungspolitischen Tabu belegt (vgl. SABBROW, S. 76–91).

### 3. *Die umstrittene Revision des Luther-Bildes*

Bezogen auf die Revision des LUTHER-Bildes hatte die neue Strategie die folgenden Konsequenzen. Die angestrebte Würdigung der historischen Leistungen LUTHERS und der reformatorischen Bewegung konnte nicht prinzipiell die Zeit der sogenannten Fürstenreformation ausblenden. Die späten Jahre LUTHERS galten zwar revolutionstheoretisch als „schillernder Problemkreis“, aber man wollte sich der Frage stellen, wie „historischer Fortschritt auch nach niedergeschlagenen bzw. steckengebliebenen und nicht bis zu Ende geführten Revolutionen durchgesetzt werden kann“ (BARTEL 1980, S. 37; vgl. auch BRENDLER 1979). In diesem Sinne würdigte BRENDLER auf dem VII. Historiker-Kongreß im Dezember 1982 LUTHERS „trotziges Durchhalten gegen alte und neue Feinde“ und unterstrich die „Aporien der Verwirklichung“ der reformatorischen Bewegung zwischen Aufbruch und „Bewahrung des Erreichten“ (vgl. BRENDLER 1983b, S. 802–804). Daß LUTHERS „bürgerlich-gemäßigter Reformation von oben“ auch realpolitische Sachzwänge zugrunde lagen, war schon in den Thesen von 1981 bemerkt worden (vgl. Thesen über Martin Luther 1981, S. 886)<sup>4</sup>. Und A. LAUBE bekräftigte bei seinem Vortrag auf der Tagung des Rates für Geschichtswissenschaft im April 1982: Man müsse sich von der Auffassung der 60er Jahre freimachen, bei der unterstellt worden war, es hätte in der Zeit der Reformation eine reale „nationale oder zentralstaatliche Alternative zur Territorialpolitik der Landesfürsten“ gegeben. Mit seiner „universalistischen Orientierung“ auf die Außenpolitik sei das deutsche Kaisertum schon lange keine solche Kraft mehr gewesen, die die Zentralisierungsbestrebungen des Bürgertums hätte aufgreifen und fördern können. Demnach hätte schon das Schutzbedürfnis eines großen Teils des Bürgertums historisch eine Anlehnung an die aufstrebenden Territorialgewalten geboten, wie dies auch bei LUTHER deutlich werde. Mit dieser Neubewertung der historischen Rolle der Landesfürsten mußte sich auch der sogenannte Klassenkompromiß der „Reformation von oben“ in einem neuen Licht darstellen und das frühere Stigma ver-

4 Die Thesen waren das Produkt einer Arbeitsgruppe von Historikern, die unter der Leitung von H. BARTEL stand. Während die einfließenden neuen Ideen offenbar vor allem von BRENDLER stammten, bemühten sich die anderen vornehmlich darum, der Revision des Luther-Bildes das Spektakuläre zu nehmen, indem sie die Bezüge zum Konzept der „frühbürgerlichen Revolution“ aus den 60er und 70er Jahren herstellten und mit der Behauptung einer angeblichen „Kontinuität des LUTHERbildes seit Marx und Engels“ die Anschlußfähigkeit der Debatte für alle sicherten (vgl. BRENDLER 1996, S. 49).

lieren. Damit sollte keineswegs für eine unkritische Tradierung, sondern eine umfassende Analyse plädiert werden, die dann beispielsweise auch vor der Feststellung nicht haltmachen konnte, daß selbst die „radikale Linke des Bauernkrieges“ unter den historisch gegebenen politischen Konstellationen dem „Klassenkompromiß“ zwischen Bürgertum und Landesfürsten objektiv den Weg geebnet habe (vgl. LAUBE 1982, S. 692f., 696).

Für die Tradierbarkeit von LUTHERS Reformation sprach allerdings ein anderer Aspekt. Er beinhaltete die Frage, wieweit LUTHER auf der Grundlage seiner Theologie und insbesondere der von ihm vertretenen Rechtfertigungslehre eine breite „revolutionäre Massenbewegung“ gegen die „römische Papstkirche“ formiert habe. Bereits in den LUTHER-Thesen war am Problem der Radikalität der Reformationsbewegung neu angesetzt worden. Ehedem war im Gegensatz zur „gemäßigt-bürgerlichen Mitte“ LUTHERS nur MÜNTZER und dem „linken Flügel“ ein solcher Charakter beigemessen worden (vgl. BRENDLER 1976). Die Überwindung dieser dogmatischen Auffassung zwang allerdings, einen Schritt weiter zu gehen. Anstatt die Obrigkeitsauffassung des späten LUTHER, seine Schriften gegen Aufruhr und Bauernkrieg sowie seine Zustimmung zum Aufbau eines Landeskirchenwesens gegen seine frühen Anfänge auszuspielen, wurde der Blick jetzt auf LUTHERS radikale Kritik an der „römischen Papstkirche“ gerichtet. Es sei eben nicht Humanisten wie ERASMUS VON ROTTERDAM gelungen, die damaligen Mißstände an ihrer Wurzel aufzudecken, sondern erst LUTHER. Erstere seien bei einem bloß äußerlichen Antiklerikalismus stehengeblieben, der an der bestehenden Kirche abgeprallt sei. Hingegen habe LUTHER „von innen heraus“ bzw. an der „falschen Lehre“ angesetzt (vgl. BRENDLER 1983b, S. 802) und durch seine neue Interpretation der Beziehungen zwischen Mensch und Gott ein neues Kirchenverständnis geschaffen. Die Grundlagen der alten Kirche seien damit geistig überwunden sowie deren Struktur und Machtausübung grundsätzlich in Frage gestellt worden. Es sei LUTHERS Verdienst gewesen, „dieses Fundament zäh und unbeirrt verteidigt zu haben“. Da in der damaligen Gesellschaft Religion und Theologie eine „zentrale Bedeutung“ gehabt hätten, müsse der theologische Angriff LUTHERS auch eine „mehr oder weniger weitgehende Veränderung der Gesellschaft“ bewirkt haben. Dies habe erst recht deswegen gegolten, weil sich das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zu Beginn des 16. Jahrhunderts auf eine „umfassende Krise“ zubewegt habe, die auch die Autorität der bestehenden Papstkirche erfaßt hätte (vgl. Thesen über Luther 1981, S. 880f.).

Auf eine entsprechende Frage der Redaktion der „Lutherischen Monatshefte“ unterstrich auch ERICH HONECKER die Wichtigkeit dieser neuen geschichtswissenschaftlichen Betrachtung: „Gerade weil Luther die Revolution in der Theologie vollzog, konnte er unter den Bedingungen seiner Zeit eine Bewegung auslösen, die revolutionisierende Wirkungen in der Gesellschaft vorbereitete“ (HONECKER 1985, S. 439). Ein Stück weit war mit derartigen Aussagen der Überzeugung des alten ENGELS von der „relativen Selbständigkeit der Ideologie“ entsprochen und Vereinseitigungen der Geschichte von Reformation und Bauernkrieg auf politisch-militärische Belange überwunden worden. Es bestand Konsens darüber, daß derartige Erkenntnisfortschritte nicht ohne die Zusammenarbeit mit Theologen und Kirchenhistorikern zustande gekommen

wären. Bei allen prinzipiellen Gegensätzen hatte man sich bei der Würdigung des historischen LUTHER und der Sozialgeschichte der Reformation angenähert und wechselseitig angeregt<sup>5</sup>.

Allerdings teilten keineswegs alle Historiker diese neue Sichtweise. Schon im Juni 1981 waren in einem öffentlichen Vortrag von dem Historiker H. Bock Vorbehalte gegen HONECKERS Rede zur Konstituierung des LUTHER-Komitees geäußert worden: Zwar könne man LUTHER mit Recht als „Impulsgeber der frühbürgerlichen Revolution“ einen „Ehrenplatz im marxistischen Geschichtsbild“ geben. Man dürfe aber nie vergessen, daß sich MARX und ENGELS nicht schlechthin zum Erbe des Reformators, sondern mehr zum revolutionären MÜNTZER bekannt hätten. Schließlich stünde LUTHER auch für den „Klassenkompromiß mit den Fürsten“ (vgl. Bock 1988, S. 228f.)<sup>6</sup>.

Diese Stellungnahme, die ganz auf dem Boden der schematischen Betrachtungsweise der 60er und 70er Jahre verblieb, traf in der Tat zwei wunde Punkte. Während MÜNTZER und der Bauernkrieg in HONECKERS Rede eher unterbelichtet geblieben waren, wurde darin sogar eine positive Würdigung des späten LUTHER bzw. der „Fürstenreformation“ angedeutet. MÜNTZERS „gescheiterter revolutionärer Aktion“ war das Ringen LUTHERS um die „zähe und beharrliche Fortführung der Reformation“ nach der „grausamen Niederschlagung des Bauernkrieges“ beziehungsreich gegenübergestellt worden. In dieser Zeit habe LUTHER mit „Schulgründungen und Universitätsreformen, mit neuen Ordnungen für Kirchen-, Schul- und Armenwesen“ einen „wesentlichen Teil der in den Anfangsjahren der Reformation entwickelten Programmatik verwirklicht“ (vgl. HONECKER 1980, S. 14f.). Gerade auch von „linken“ Theologen und Kirchenhistorikern wurde diese von HONECKER und in den Thesen des Jahres 1981 vertretene Sicht kritisiert. Sie verwahrten sich gegen eine zu günstige Bewertung insbesondere des späten LUTHER. Daß die konservierende Sicherung des Erreichten und LUTHERS Sozialethik, die sich mit der Betonung von Arbeit, Pflicht und Sparsamkeit vor allem auf das Ökonomische reduzierte, so stark hervorgehoben würden, deute unfreiwillig auf eine „restaurative Geistesverwandtschaft“ zwischen Objekt und Betrachter (vgl. MÜLLER-STREISAND 1983; Interview mit Herbert Trebs 1996, S. 266).

Marxistisch-leninistische Historiker waren bei der Einordnung der Revisionsbestrebungen zurückhaltender, erblickten aber in LUTHERS „Bauernverteufelung“ und „Gehorsamspredigt“ entscheidende Hindernisse, ihn in die „progressive DDR-Tradition“ einzureihen (vgl. VOGLER 1984). JÜRGEN KUCZYNSKI, der von HAGER als „Nestor unserer Gesellschaftswissenschaften“ bezeichnet worden war, erblickte in HONECKERS Rede und den Thesen von 1981 eine „fast schon hagiographische“ Überzeichnung LUTHERS. Gleichzeitig drückte er die Erwartung aus, daß sich im Zusammenhang mit der Müntzer-Ehrung von 1989 die Bewertungen endlich „dialektisch“ einpendeln würden. Wie bereits in den 50er Jahren sprach er davon, daß LUTHER neben MÜNTZER einen

5 Vgl. z. B. die entsprechenden Äußerungen der Historiker H. LAUBE, M. STEINMETZ, G. VOGLER sowie der Kirchenhistoriker H.-U. DEHLIUS und G. WENDELBORN (Was brachte die Luther-Ehrung? 1984).

6 Es handelte sich dabei um einen Vortrag am 30. Juni 1981 auf dem VII. Kongreß der URANIA, einer Gesellschaft zur Verbreitung populärwissenschaftlicher Kenntnisse in der DDR. Er wurde zuerst veröffentlicht in: *spectrum* 13 (1982) 12, S. 26–29.

gleichrangigen Platz in der Ahnengalerie der DDR beanspruchen dürfe, ohne zu einem „Heldenbild“ zu verkommen (vgl. Was brachte die Luther-Ehrung?, S. 45).

Das Thema des „späten Luther“ wurde nach 1983 tatsächlich unter Verweis auf notwendige weitere Forschungsarbeiten aus der öffentlichen Diskussion genommen, während die positive Würdigung der „revolutionären Theologie“ LUTHERS weiterhin das Zentrum der Revision des LUTHER-Bildes blieb (vgl. BARTEL/SCHMIDT 1984 b). Bezeichnenderweise sollte sich HAGER als der in der politischen Führung eigentlich Zuständige, er war Sekretär für Wissenschaft, Bildung und Kultur des ZK der SED, mit konkreten Äußerungen zu den von HONECKER bezogenen Positionen zurückhalten. Er zog es vor, sich auf Konferenzen und Kongressen mit Verweisen auf eine „historische Dialektik“ zu begnügen, die faktisch für alle LUTHER-Deutungen offenblieb (vgl. Die Gesellschaftswissenschaften 1980, S. 35–49; HAGER 1983a, S. 293). Auch Ende 1983 ließ er mit keiner Formulierung durchblicken, wie er wirklich zur Revision des LUTHER-Bildes stand (HAGER 1983b, S. 137–146). Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß hinter dieser Zurückhaltung macht- und realpolitische Erwägungen standen.

#### 4. *Der (neue) Lehrplan für den Geschichtsunterricht 1988/89*

Die entsprechenden Vorbehalte sollten für den neuen Geschichtslehrplan von 1988/89 maßgeblich werden. Dieser Gesamtlehrplan Geschichte für die allgemeinbildende polytechnische Oberschule (vgl. Ministerium für Volksbildung 1988) löste den Lehrplan ab, der von 1966 bis 1971 schrittweise eingeführt worden war (vgl. Ministerium für Volksbildung 1968, 1970, 1981, 1987). Nur für die Klasse 10 hatte es zwischenzeitlich (nach dem IX. Parteitag der SED von 1976) im Jahre 1977 eine Neufassung gegeben (vgl. Ministerium für Volksbildung 1977), die aber ebenfalls 1989 ersetzt wurde.

Lediglich bei oberflächlicher Betrachtung wiesen die neuen Lehrpläne bei der Behandlung des „nationalen Geschichtsbildes“ Veränderungen auf, die aufgrund der Historiker-Debatte um Erbe und Tradition während der 80er Jahre zu erwarten waren. H. MÄRZIG (1997) hat in diesem Sinne dargestellt, daß den nationalgeschichtlichen Themen im neuen Lehrplan ein erweiterter stofflicher und zeitlicher Umfang gegeben worden war. Eine genauere Prüfung zeigt allerdings, daß die Revision keinesfalls konsequent war. Sowohl bei den allgemeinen Zielsetzungen, die nach wie vor in der Parteiräson verankert waren, als auch beim Stoffkonzept zur Geschichte von Reformation und Bauernkrieg tritt diese Inkonsistenz in Erscheinung. Die „Nationalgeschichte der DDR“, auf die der neue Lehrplan Bezug nahm, stellte dabei nichts weiter als eine Leerformel dar. Sie hatte fast nichts gemein mit der oben umschriebenen „sozialistischen Erberezeption“, die in der früheren Historiker-Debatte mit der Revision des LUTHER-Bildes verbunden gewesen war. Der „revolutionäre Luther“, den man in der dargestellten Debatte z.T. entdeckt und gewürdigt hatte, kam im neuen Lehrplan nicht vor. Statt dessen wurde ganz im Stile der 60er und 70er Jahre die „Radikalisierung der Reformation“ ausschließlich MÜNTZER zugeschrieben. Und LUTHERS Rechtfertigungslehre fand mit ihrer radikalen

Konsequenz weder im neuen Lehrplan noch im dazugehörigen neuen Lehrbuch<sup>7</sup> irgendeine Erwähnung, obgleich der für den entsprechenden Abschnitt verantwortliche Historiker Laube seinerzeit gerade dies LUTHERSche Theologem für das Verständnis der Geschichte von Reformation und Bauernkrieg für unverzichtbar erklärt hatte (vgl. Ministerium für Volksbildung 1988, S. 28–35; Ministerium für Volksbildung 1989, S. 7–47; LAUBE 1983). Auf der Würdigung von LUTHERS Theologie gründete aber letztlich der Neuansatz zur Revision des LUTHER-Bildes und die Aufnahme LUTHERS in die „progressive Tradition“ der DDR. Auch von einer differenzierteren Einschätzung des alten LUTHER sowie der sogenannten Fürstenreformation findet sich im neuen Geschichtslehrplan keine Spur, so daß von einer wirklichen Veränderung gegenüber dem Lehrplan aus den 60er Jahren nicht gesprochen werden kann.

Lediglich LUTHERS Verhältnis zu den „revolutionären Bauern“, das im alten Lehrplan als „Verrat“ verurteilt worden war (vgl. Ministerium für Volksbildung 1981, S. 85–93), wurde im neuen Lehrplan mit mehr Distanz behandelt: Nun wurde zurückhaltender die „Abgrenzung Luthers von der Volksbewegung“ dargestellt (vgl. Ministerium für Volksbildung 1988, S. 28–35). Der Einfluß „differenzierterer Wertungen der Wissenschaft“, dem MÄTZIG diesen Wandel zuschreibt (vgl. MÄTZIG 1997, S. 148), kam allenfalls verkürzt zur Geltung. Aber auch von früheren Geschichtsmethodikern der DDR, die es aufgrund ihrer damaligen Beteiligung an der Lehrplanrevision eigentlich besser wissen mußten, wird die Qualität der inhaltlichen Veränderungen, die der neue Lehrplan gebracht habe, übertrieben. Bei dieser positiven Beurteilung wird unterstellt, daß sich „auch die oberen Chargen des Ministeriums für Volksbildung“ nicht dem Einfluß hätten entziehen können, der von Fachhistorikern, Lehrern und Geschichtsmethodikern ausgegangen sei (vgl. KRUPPA 1993, S. 654–655).

##### 5. *Die Organisation der Lehrplanarbeit und Gegensätze bei der Erarbeitung des Lehrplanes*

In der Tat wurden alle diese Gruppen an den curricularen Entwicklungsarbeiten mehr oder minder beteiligt. Allerdings darf man Beteiligung nicht schon mit Einfluß gleichsetzen, und die unterschiedlichen Positionen der Persönlichkeiten und Gruppen, von denen auch die bisherige Darstellung zeugt, schließt aus, daß pauschal von *den* Historikern die Rede sein kann.

Alle Arbeiten zur Entwicklung und Evaluation des Geschichtslehrplanes wurden von der APW zentral geleitet. Als Beratungsgremien fungierten das Präsidium der APW bzw. von ihm eingerichtete spezielle Projektgruppen. Auch die Koordinierung der Entwicklungsarbeiten mit den beim Verlag Volk und Wissen konstituierten Autorenkollektiven für Lehrbücher und Unterrichtshilfen erfolgte durch die APW. Sowohl die APW als auch der Verlag un-

7 In der DDR wurden Lehrpläne nach dem Perfektionsmodell eines geschlossenen Curriculums in Form komplexer Pakete konstruiert, die auch Lehrbücher, methodische Unterrichtshilfen für die Hand des Lehrers sowie weitere Unterrichtsmittel einschlossen. Trotz gewisser Flexibilisierungen um die Mitte der 80er Jahre blieb es bei der Regel, daß sich die Entwicklungsarbeit an Lehrbüchern und Unterrichtshilfen an einer durch das Volksbildungsministerium bestätigten Fassung des Lehrplanes zu orientieren hatte.



terstanden dem Volksbildungsministerium. Die zentrale ideologische Führung und Planung der geschichtswissenschaftlichen Aktivitäten des Lehrplanprojektes lag allerdings in den Händen des Rates für Geschichtswissenschaft beim Institut für Marxismus-Leninismus des ZK der SED. Aufgrund entsprechender Vereinbarungen arbeitete die APW eng mit dem Rat zusammen (vgl. Akte 1). Den Auftakt dazu stellte eine erste „Problembesprechung“ beim Präsidenten der APW am 28.6.1982 dar (vgl. Akte 2); auch später gab es direkte regelmäßige Kontakte zwischen dem Präsidenten der APW und dem Vorsitzenden des Rates für Geschichtswissenschaft (vgl. Akte 3). Sie dienten u.a. der Absprache über organisatorische und personelle Fragen. Im Ergebnis wurde eine zentrale Führungsgruppe konstituiert, die im Kern aus Fachmethodikern der APW bestand und deren Leiter der Direktor des APW-Instituts für gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht war. Ihr sollten nach Klassenstufen differenzierte Arbeitsgruppen zur Bewährungsanalyse des geltenden Lehrplans sowie Autorenskollektive für Lehrbücher und Unterrichtshilfen korrespondieren. Vor allem in die Arbeit auf der Ebene von Klassenstufen wurden die Geschichtsmethodiker der Universitäten und Hochschulen einbezogen. Ihre hauptsächliche Aufgabe war dabei die Erstellung von Unterrichtshilfen; entsprechendes galt für die Historiker, die mit der Erarbeitung von Lehrbüchern betraut wurden (vgl. Akte 4). Im Juni 1985 fanden die konzeptionellen Vorarbeiten zur Lehrplanrevision mit einem Beschluß des Sekretariats des ZK der SED zur Weiterentwicklung des Geschichtsunterrichts und einem flankierenden Maßnahmenplan ihren Abschluß (vgl. Akten 5 und 6). Wie aus einer Information von DIEHL an HAGER hervorgeht, waren bis zu diesem Zeitpunkt mindestens 40 „namhafte Historiker“ an den Arbeiten beteiligt sowie die entsprechenden Lehrbuchprojekte in den Zentralen Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften 1986–1990 aufgenommen worden (vgl. Akte 7). Nach weiteren Beratungen wurden dann die neuen Lehrpläne von MARGOT HONECKER im September 1987 endgültig bestätigt (vgl. Akte 8).

In diesem institutionellen Gefüge steckte ein gewaltiges Potential, insofern die Mobilisierung fachlicher Expertise mit der politischen Legitimation von Lehrplanentscheidungen zusammengeführt wurde. Dennoch geht die naheliegende Vermutung fehl, daß die Arbeiten in zielorientierter Geschlossenheit reibungslos abgelaufen seien. Es sollte sich zeigen, daß der verabschiedete Lehrplan höchst einseitig von dem Sachverstand Gebrauch machte, der in den curricularen Vorberatungen artikuliert worden und in der Historikerdebatte über Erbe und Tradition zum Ausdruck gekommen war.

Bereits in der Anlaufphase der Lehrplanrevision wurden von KURT HAGER und MARGOT HONECKER auf der Zentralen Direktorenkonferenz im Mai 1982 politische Positionen bezogen, die für die Revision des Lehrplanes hinsichtlich der Aufnahme des neuen LUTHER-Bildes nichts Gutes erwarten ließen. Der Beginn stand im Zeichen einer verstärkten ideologischen Auseinandersetzung mit dem Pazifismus und der Friedensbewegung unter dem Dach der Kirche. Schon in Vorbereitung der Konferenz war klargestellt worden, daß die bessere Befähigung von Lehrern und Schülern zur „wirkungsvollen Auseinandersetzung mit allen Erscheinungen des Pazifismus“ eine zentrale Aufgabe der politisch-ideologischen Arbeit sein müsse (vgl. Akte 9). HAGER spezifizierte dies in seiner Rede auf der Konferenz für den Geschichtsunterricht: Den jungen Menschen,

die aus pazifistischen bzw. religiösen Motiven einseitige Abrüstungsschritte forderten bzw. den von westlichen Massenmedien verbreiteten „Märchen über eine angebliche ‚unabhängige‘ Friedensbewegung in der DDR“ aufsäßen, müsse man klarmachen, daß es sich bei einer solchen Sichtweise um eine „sträfliche Mißachtung aller historischen Erfahrungen“ handele. Wie MARGOT HONECKER war HAGER der Auffassung, daß die Vermittlung eines historischen Traditionsbewußtseins im Schulunterricht ein „wesentliches Moment der kommunistischen Erziehung“ sei. Die Parteiräson hatte also im schulischen Unterricht im Vordergrund zu stehen (vgl. Akte 10).

Diese Position HAGERS und MARGOT HONECKERS wurde in der ersten „Problembesprechung“ beim Präsidenten der APW im Juni 1982 vor allem von RIECHERT, dem 2. Vizepräsidenten und Direktor des Instituts für gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht, sowie den Historikern H. MEIER und H. HEITZER aufgegriffen. Nach ihrer Auffassung war bei der Revision des Lehrplans an der „bewährten Herangehensweise“ festzuhalten. Entsprechend sollte besonderer Wert auf die Geschichte der kommunistischen Arbeiterbewegung und des Sozialismus in der DDR gelegt werden. In diesem Sinne plädierte auch der Ratsvorsitzende DIEHL dafür, daß mit dem „sozialistischen Patriotismus“ ein „anti-imperialistisch-antifaschistisches Feindbild“ gegenüber der Bundesrepublik „gesichert“ werden müsse (vgl. Akte 2). Die Gründungsfunktionäre der DDR beschäftigte in der Tat seit den 70er Jahren zunehmend die Sorge, wie der Jugend der Erlebnishintergrund der antifaschistischen Kämpfe, der dieser Generation zwangsläufig abging, noch vermittelt werden könnte. Die Kompliziertheit dieser Kämpfe sollte sich in lebendigeren Darstellungen wiederfinden, die deren „Widersprüche weder verniedlichen noch verschweigen“ sollten. Als Ziel wurde sogar formuliert, „historische Entscheidungssituationen“ darzustellen, damit auch die jüngere Generation diese nachvollziehen und so die „Größe des Erreichten“ würdigen könne (vgl. HAGER 1983a; HEITZER 1984). Damit war auch das maßgebliche Motiv für die Lehrplanrevision umschrieben; denn allen Beteiligten war mehr oder weniger klar, daß „das Interesse der Schüler in den oberen Klassen nicht nur stagnierte, sondern zurückging“. Der Unterricht sei „nicht gelegentlich, sondern in der Regel problemlos und überfüttert“ und die „Schüler schalteten ab“. Dabei räumten die beteiligten Historiker ein, daß diese Mängel des Geschichtsunterrichts nicht nur methodisch bedingt, sondern in erster Linie die Historiker selbst gefragt seien (vgl. Akte 2). Zwar erklärten sich die Zeithistoriker bereit, an der Lösung dieser Probleme mitzuwirken. Aber sie waren dazu aufgrund der bestehenden forschungspolitischen Tabus gar nicht wirklich in der Lage. Zugleich machen die referierten Überlegungen noch einmal unzweifelhaft deutlich, daß das Ziel des Geschichtsunterrichts ausschließlich in der Affirmation der bestehenden Verhältnisse und der zu optimierenden Vereinnahmung der jungen Generation gesehen wurde.

In gewissem Umfang gilt dies auch von der Gegenseite, die in den Lehrplanberatungen von den Historikern H. BARTEL und H. HENSEKE wahrgenommen wurde. Der Lehrplan aus den 60er Jahren war in ihren Augen aber insbesondere deswegen unzureichend, weil dabei das historische Erbe zu ausschließlich auf den „revolutionären Prozeß der letzten 100 Jahre“ eingeengt worden sei. Demgegenüber verlangten sie in der genannten Beratung beim Präsidenten der APW im Juni 1982 eine Berücksichtigung auch der Traditionen

„zurückliegender Geschichtsperioden, die für uns besondere Bedeutung haben“. „Die ganze Differenziertheit der Traditionen“ müsse deutlicher werden und dabei gehe es nicht nur um das „revolutionär-demokratische und humanistische Erbe“, vielmehr könne man auch vor der Frage nach dem „Beitrag herrschender Ausbeuterklassen zum Fortschritt“ nicht haltmachen (vgl. Akte 2). Vor allem die Debatte um die Revision des LUTHER-Bildes bildete für diese Stellungnahmen einen wichtigen Gegenstand.

Neben den Gründen, die in der Konzeption des Geschichtsbildes lagen, sprachen für eine Differenzierung auch politisch-pragmatische Motive. Der Traditionskonflikt um das LUTHER-Bild konnte aufgrund seiner öffentlichen Thematisierung auch an den Geschichtslehrern nicht vorbeigehen. Im April 1982, als eine erste Bilanz aus den Debatten um Erbe und Tradition gezogen wurde, nahm sich der Historiker LAUBE vor dem Rat für Geschichtswissenschaft den damit verbundenen Fragen an. Statt in die Defensive zu gehen, legitimierte Laube die Notwendigkeit einer differenzierteren Geschichtsbetrachtung mit einer Gegenkritik an den Lehrkräften, die sich durch HONECKERS Luther-Rede irritiert zeigten. Aus dieser Haltung spreche eine einseitige Orientierung, wie sie bei Historikern und Politikern der DDR bis dahin gang und gäbe gewesen sei. Dabei werde das Verhalten LUTHERS oder MÜNTZERS im Bauernkrieg bzw. zur Landarmut oder zur städtischen Unterschicht zum dominierenden oder gar einzigen Beurteilungskriterium gemacht. Abgesehen davon, daß man auf diese Weise der Frage nach der realen historischen Perspektive der damaligen historischen Bewegungen ausweiche und sich einer „Rationalerkenntnis“ entziehe, folge man bei einer entsprechenden politischen Tradierung lediglich einer naiven „emotional tief eingewurzelten Parteilichkeit“ (vgl. LAUBE 1982, S. 691–693).

Hingegen warnte die Hauptabteilung Unterricht des MfV nach der ersten Problembesprechung beim Präsidenten der APW davor, „aktuell diskutierten Fragen Eingang (in die Beratungen) zu ermöglichen“. Sie zielte damit offenbar auf die von BARTEL und HENSEKE (sowie an anderer Stelle von LAUBE) vorgebrachten Argumente. Natürlich war eine vom Generalsekretär der SED selbst beförderte Debatte nicht einfach zu ignorieren. Nach Meinung der Hauptabteilung sollte sie vielmehr „mit zugrundegelegt“ werden. Im Zentrum von Geschichtsunterricht und -lehrplan habe aber die „kommunistische Erziehung“ und das hieß: die „Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung und des Sozialismus“ zu stehen. Entsprechende „abgesicherte Erkenntnisse“ hätten Vorrang und sollten nach dem Vorschlag der Hauptabteilung auch in „Lehrplandirektiven“ exakt festgelegt werden (vgl. Akte 11). In den weiteren konzeptionellen Beratungen bis zum Sekretariatsbeschluß des ZK der SED über den Geschichtsunterricht setzte sich diese von der Hauptabteilung Unterricht vertretene Linie zunehmend durch. Sie konnte dies vor allem auch deshalb tun, weil MARGOT HONECKER vergleichbar argumentierte.

Dies zeigte sich bereits im Mai 1983, als in der „Lehrplanberatung bei Minister Honecker“, ein von der APW vorgelegtes Papier behandelt wurde. Die APW-Vorlage, die u.a. mit den Historikern SCHMIDT und HENSEKE vorbereitet worden war, lag auf der Linie der größeren Differenzierung des Geschichtsbildes und bezog dies gerade auch auf Reformation und Bauernkrieg (vgl. Akte 12). MARGOT HONECKERS Überzeugung lief indessen einer Konstruktion diame-

tral zuwider, durch die die Schüler mit verwickelten „Übergängen“ konfrontiert werden könnten, bei denen „Progressives“ und „Regressives“ nicht eindeutig geschieden wären. Denn für die Bearbeitung derartiger unterrichtlicher Problemstellungen wäre mehr zu lernen gewesen, als für die „kommunistische Erziehung“ gut sein konnte.

Diese Überzeugung hatte MARGOT HONECKER schon kurz zuvor, in ihrem Referat auf der zentralen Direktorenkonferenz vom Mai 1982, also ganz zu Beginn der Revisionsarbeiten, geäußert. Bei dieser Gelegenheit hatte sie von den „unumstößlichen, für alle Zeit gültigen Wahrheiten“ gesprochen, die aus der Geschichte zu lernen seien und niemals vergessen werden dürften (vgl. Akte 10). MÜNTZERS „heroischer Kampf“ war nach ihrer Überzeugung in jedem Falle höher anzusetzen als LUTHERS Reformation. Wie einige der oben angeführten Historiker auch, warnte sie davor, daß im Zusammenhang des Luther-Jubiläums „das Pendel nach der anderen Seite schlagen“ könne, also LUTHER am Ende weitreichendere historische Leistungen als MÜNTZER zugesprochen werden könnten. Überhaupt wollte sie das Nachdenken über solch komplizierte Fragen der Altersstufe der 13–14jährigen ersparen, für die in der Schule das Thema der Reformation vorgesehen war (vgl. Akte 12).

Noch deutlicher wurde MARGOT HONECKER in der „Lehrplanberatung“ im Dezember 1984, wo sie prinzipielle Bemerkungen dazu machte, was hinsichtlich der Rolle der Kirche „Lehrern und Schülern klar werden muß“. Es handle sich in diesem Zusammenhang nämlich „um politische, nicht um theologische Fragen“; deshalb müsse man sehr darauf achten, „nicht zu stark Kirchengeschichte zu machen“ (vgl. Akte 13). Dabei ging sie darüber hinweg, daß Kirchengeschichte überhaupt aus dem Geschichtsunterricht in der DDR verbannt war. Der Beschluß des Politbüros vom 26.10.1983, mit dem (wie oben dargestellt) ERICH HONECKERS „Verständigungskurs“ in der Kirchenpolitik formell zurückgenommen wurde, bestätigte und bestärkte den Volksbildungsapparat in seiner Abwehr einer möglichen Aufwertung der Kirchen; und in der Tat wären diesbezügliche Gefahren mit der Revision des Luther-Bildes durchaus verbunden gewesen. Man konnte auf Dauer nicht beides miteinander vereinen: der LUTHERschen Theologie eine „revolutionäre Potenz“ zusprechen und alte Denkbarrieren auch in der Schule überwinden wollen, und zugleich die Christen und die Kirche im DDR-Alltag weiter unterdrücken.

## 6. *Schlußbemerkungen*

Mit der dargestellten Stellungnahme der Spitze des Volksbildungsministeriums war der Diskussionsprozeß über die Lehrplanrevision zwar noch keineswegs abgeschlossen, aber im Grunde war die Entscheidung, die sich faktisch durchsetzen sollte, bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt gefallen. Der endgültige Lehrplan weist nach unserer Analyse, insbesondere was das Bild von LUTHER und der Reformation angeht, gegenüber den referierten Äußerungen MARGOT HONECKERS keine substantiellen Differenzen auf. Wenn man die gesamten Vorgänge um die Historiker-Debatte über Erbe und Tradition, speziell die Auseinandersetzung um die Revision des LUTHER-Bildes und den Prozeß der Revision des Geschichtslehrplans in der DDR zu resümieren ver-

sucht, ergeben sich eine Reihe mehr oder weniger komplexer Schlußfolgerungen:

Zunächst läßt sich konstatieren, daß die Historiker auf die Lehrplanrevision für den Geschichtsunterricht in der DDR nach 1980 durchaus Einfluß besaßen. Doch konnten sich Bemühungen um eine partielle Entdogmatisierung in der hochpolitisierten Debatte gegen die Widerstände im Volksbildungsministerium nicht durchsetzen. Die genaue Analyse der Lehrplanarbeit bestätigt den Rückblick des Historikers W. SCHMIDT, der festgestellt hat: Es war ein „besonders dorniges Feld angesichts der Uneinsichtigkeit und des Unwillens der Verantwortlichen in der Volksbildung, ein differenziertes, widerspruchsgesättigtes, die Schwarz-Weiß-Folien überwindendes Geschichtsverständnis in Schulbüchern und im Schulunterricht zu vermitteln. Die Mitarbeit an der Ausarbeitung von Geschichtslehrplänen und -lehrbüchern in den späten 80er Jahren konnte diesen Widerstand kaum überwinden“ (SCHMIDT 1992, S. 1028f.).

Der gesamte Diskussionsprozeß wurde von zwei unterschiedlichen Interessen durchzogen, die jeweils politisch hoch abgesichert waren. Das außenpolitisch motivierte Engagement ERICH HONECKERS verlieh der Debatte um die Revision des LUTHER-Bildes eine eigene Dynamik, die sich letztendlich aber an den innen- und machtpolitischen Beharrungsinteressen der Nomenklatur in der DDR brach. Für diese Orientierung steht in unserem Zusammenhang insbesondere MARGOT HONECKER. Allerdings war durch die dabei sichtbar werdenden Tendenzen dogmatischer Verhärtung nicht nur die Lehrplanarbeit, sondern der gesamte Alltag der DDR betroffen, wie dies ja auch in dem Junktim von Lehrplanentscheidungen und Kirchenpolitik z.T. zum Ausdruck kommt. Immerhin sorgten Divergenzen, die, wie die benannten Interessenunterschiede, auch die Öffentlichkeit in der DDR mehr oder weniger erreichten, auch in den letzten Jahren der DDR für eine gewisse Bewegung im politischen und intellektuellen Leben. Offenbar ist zudem der Eindruck falsch, durch die stark bürokratisierte Vernetzung in Wissenschafts- und Bildungsverwaltung der DDR sei eine einlinige politische Steuerung sichergestellt worden.

Es kennzeichnet indessen die Situation der (späten) DDR, daß für die auftretenden Meinungsunterschiede und Konflikte keine wirkliche Lösung gefunden werden konnte. Auch wenn, wie in unserem Falle, die verschiedenen Optionen systemimmanent verankert und legitimiert waren, bestanden sie – scheinbar ohne wechselseitige Beziehung – nebeneinander. Als traditionelle Strategie stand nicht die offene Auseinandersetzung, sondern nur das Modell der wechselseitigen Ausgrenzung zur Verfügung. Selbst am Prozeß der Lehrplanarbeit, wie gering auch immer ihr Gewicht im gesellschaftlichen Leben zu bewerten sein mag, läßt sich auf diese Weise beobachten, daß die DDR seit Beginn der 80er Jahre zunehmend ans Ende ihrer Möglichkeiten geriet. Aus politischen Alltagsbedürfnissen und Interessen – wie denen am außenpolitischen Prestigegewinn – wurden zudem Entwicklungen angestoßen, die auf dem Boden der maßgeblichen Ideologie und im Rahmen der politischen Machtverteilung gar nicht mehr zu bewältigen waren.

Entsprechendes galt auch für die Aufgabe, die dem Geschichtsunterricht und der Schule in der DDR gegeben wurde. Wenn an die Stelle von Schwarz-Weiß-Malerei und der Vermittlung manichäischer Weltbilder die Erwartung eigenständiger Urteilsbildung durch die Schüler rückte, mußte sich die Rolle der

Schule in der DDR grundlegend ändern. Das war schwerlich von den Initiatoren einer Revision des Geschichtsbildes bis hin zu ihrem obersten politischen „Schirmherrn“ mit bedacht und letztendlich wohl auch nicht gewollt. Insofern hatte der Widerstand MARGOT HONECKERS gegen eine solche Differenzierung gewissermaßen allgemeine Bedeutung. Der Schule in der DDR war politischerseits der Auftrag zur Indoktrination fest eingeschrieben (vgl. TENORTH/KUDELLA/PAETZ 1996; BENNER/FISCHER/GATZEMANN/GÖSTEMEYER/SLADEK 1996; LE-SCHINSKY/GRÜNER/KLUCHERT 1999). Man wird die dargestellten Vorgänge auch vor diesem weiteren Hintergrund sehen müssen.

## Quellen und Literatur

### Archivakten

- Akte 1: Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung Berlin (nachfolgend BBF)/Archiv, Sign. 11350: Aktennotiz über eine Beratung von Vertretern der APW und des Rates für Geschichtswissenschaft am 13.6.1980.  
 Akte 2: Bundesarchiv Berlin (nachfolgend BA), Sign. DR 2 A 3872: Protokoll der Problemdiskussion beim Präsidenten am 28.6.1982.  
 Akte 3: BBF/Archiv, Sign. 10454: Festlegungsprotokoll vom 2.1.1984.  
 Akte 4: BBF/Archiv, Sign. 10455/Bd.1: Brief von Neuner und Parr an Genn. Honecker vom 18.1.1984 mit Anlage vom 6.1.1984.  
 Akte 5: BBF/Archiv, Sign. 11295/Bd.11: Protokoll Nr. 74 vom 26.6.1985: Beschluß des Sekretariats des ZK der SED 10/981.  
 Akte 6: BBF/Archiv, Sign. 10454: Mitteilung von Neuner und Parr an Genn. Honecker vom 23.1.1985 mit Anlage: Maßnahmeplan vom 22.1.1985.  
 Akte 7: BA, Sign. DY 30 vorl. SED 42310: Ernst Diehl: Information vom 15.7.1985.  
 Akte 8: BA, Sign. DR 2 A. 4106: Brief von Parr an Neuner vom 21.9.1987.  
 Akte 9: BA, Sign. DR 2 A 7841: Vorlage der Hauptschulinspektion zur Ministerdienstberatung am 23.3.1982.  
 Akte 10: BBF/Archiv, Sign. 821679: Materialien von der Zentralen Direktorenkonferenz in Karl-Marx-Stadt vom 10.–12.5.1982. DLZ-Dokumentation 20/82.  
 Akte 11: BA, Sign. DR 2 A. 3872: Standpunktmaterial zum Geschichtsunterricht vom 3.12.1982.  
 Akte 12: BA, Sign. DR 2 A 8251: Problemmaterial. Vorlage zur Ministerberatung am 30.5.1983 (mit handschriftlichen Randbemerkungen von Margot Honecker).  
 Akte 13: BBF/Archiv, Sign. 10726: Niederschrift über die Problembesprechung am 18.12.1984.

### Literatur

- BARTEL, H.: Die Rolle Martin Luthers in der deutschen Geschichte. In: Martin Luther und unsere Zeit. Berlin/Weimar 1980, S. 32–37.  
 BARTEL, H.: Erbe und Tradition in Geschichtsbild und Geschichtsforschung der DDR. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 29 (1981) 5, S. 387–393.  
 BARTEL, H./BRENDLER, G./HÜBNER, H./LAUBE, A. (Hrsg.): Martin Luther. Leistung und Erbe. Berlin 1986.  
 BARTEL, H./SCHMIDT, W.: Historisches Erbe und Tradition – Bilanz, Probleme, Konsequenzen. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 30 (1982) 9, S. 816–829.  
 BARTEL, H./SCHMIDT, W.: Sozialismus und historisches Erbe in der DDR. In: Einheit 39 (1984a) 2, S. 111–116.  
 BARTEL, H./SCHMIDT, W.: Das historisch-materialistische Lutherbild in Geschichte und Gegenwart. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 32 (1984 b) 4, S. 291–301.  
 BENNER, D./FISCHER, G./GATZEMANN, Th./GÖSTEMEYER, K.-F./SLADEK, H.: Affirmative und reflektierende Lernzielnormierungen in Bildungs- und Lehrplänen der SBZ/DDR und BRD. In: D. BENNER/H. MERKENS/F. SCHMIDT (Hrsg.): Bildung und Schule im Transformationsprozeß von SBZ, DDR und neuen Ländern. Untersuchungen zu Kontinuität und Wandel. Berlin 1996, S. 59–80.

- BOCK, H.: Es gibt kein historisches „Niemandland“. In: H. MEIER/W. SCHMIDT (Hrsg.): *Erbe und Tradition in der DDR*. Berlin 1988, S. 218–239.
- BRENDLER, G.: Luther im Traditionskonflikt der DDR. In: H. DÄHN/J. HEISE: *Luther und die DDR*. Berlin 1996, S. 21–52.
- BRENDLER, G.: Luther und wir. In: *Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde* 25 (1983b) 10, S. 801–805.
- BRENDLER, G.: Martin Luther. Theologie und Revolution. Berlin 1983 (a).
- BRENDLER, G.: Martin Luther-Erbe und Tradition. In: *Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR* 1979/I-II, S. 29–40.
- BRENDLER, G.: Zur Bedeutung bürgerlicher Radikalität für Ideologie und Aktion Thomas Müntzers. In: M. KOSSOK: *Rolle und Formen der Volksbewegung im bürgerlichen Revolutionszyklus*. Berlin 1976, S. 1–15.
- BRINKS, J. H.: *Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit*. Frankfurt a.M./New York 1992.
- DÄHN, H.: Das Lutherjubiläum im Schnittpunkt von Innen- und Außenpolitik der DDR. In: H. DÄHN/J. HEISE: *Luther und die DDR*. Berlin 1996, S. 9–20.
- Die Gesellschaftswissenschaften vor neuen Aufgaben. Referat des Genossen Hager. Berlin 1981, S. 7–51.
- DOHLE, H.: Die Luther-Ehrung und die Kirchenpolitik der DDR. In: H. DÄHN/J. HEISE: *Luther und die DDR*. Berlin 1996, S. 53–98.
- Ein neues Müntzerbild? Interview mit Prof. Laube und Prof. Brendler. In: *Urania* 52 (1989) 3, S. 13–17.
- ERDMANN, K.: Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR. Frankfurt a.M. u.a. 1996.
- GISS, H.: Geschichtskultur und Geschichtsmethodik in der DDR. In: H. SÜSSMUTH (Hrsg.): *Geschichtsunterricht im vereinten Deutschland. Auf der Suche nach Neuorientierung* (Teil I). Baden-Baden 1991, S. 30–42.
- HAGER, K.: Geschichte und Gegenwart. In: *Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde* 25 (1983a) 4, S. 290–298.
- HAGER, K.: Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche – Triebkräfte und Werte des Sozialismus. Rede auf der Gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz des ZK der SED am 15./16. Dezember 1983. Berlin 1983b.
- HEITZER, H.: Die historischen Traditionen der DDR in ihrer ganzen Vielfalt und Breite vermitteln. In: *Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche – Triebkräfte und Werte des Sozialismus. Diskussionsreden auf der Gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz des ZK der SED am 15. und 16. Dezember 1983*. Berlin 1984, S. 137–146.
- HONECKER, E.: Unsere Zeit verlangt Parteinahme für Fortschritt, Vernunft und Menschlichkeit. In: *Martin Luther und unsere Zeit*. Berlin/Weimar 1980, S. 11–18.
- HONECKER, E.: Lutherehrung – Manifestation der Humanität und des Friedens. Interview der BRD-Zeitschrift „Lutherische Monatshefte“ Oktober 1983. In: E. HONECKER: *Reden und Aufsätze*. Bd. 9. Berlin 1985, S. 436–444.
- Interview mit Herbert Trebs, Theologe und Fachberater des Luther-Films des DFF am 19. März 1996. In: H. DÄHN/J. HEISE: *Luther und die DDR*. Berlin 1996, S. 257–267.
- JACOBMEYER, W.: Luther und die Reformation in den Geschichtsbüchern der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu „Das Parlament“*. B 3/1983, S. 35–46.
- Klassenkampf-Tradition-Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Grundriß, hrsg. vom ZIG der AdW. Berlin 1974.
- KRUPPA, R.: Der DDR-Geschichtsunterricht vor der Wende. In: *Geschichte-Erziehung-Politik* 4 (1993) 11, S. 649–658.
- KÜTTLER, W./SEEBER, G.: Historischer Charakter und regionalgeschichtliche Anwendung des marxistisch-leninistischen Erbeverständnisses. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 29 (1981), 8, S. 726–734.
- LAUBE, H.: Luther und Müntzer in der Erbe- und Traditionsauffassung der DDR. In: *Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde* 24 (1982) 8, S. 691–696, 749.
- LAUBE, A.: Martin Luther in der Erbe- und Traditionsauffassung der DDR. In: H. LÖWE/C.-J. ROEPKE (Hrsg.): *Luther und die Folgen*. München 1983, S. 135–159.
- LESCHINSKY, A./GRUNER, P./KLUCHERT, G. (Hrsg.): *Schule als moralische Anstalt. Erziehung in der Schule: Allgemeines und der ‚Fall DDR‘*. Weinheim 1999. (im Druck)
- MÄTZIG, H.: Nationalgeschichtliche Themen im Geschichtsunterricht der DDR. Die Lehrpläne Geschichte von 1966–1971 und 1988 im Vergleich. In: S. HÄDERS/H.-E. TENORTH (Hrsg.): *Bildungsgeschichte einer Diktatur*. Weinheim 1997, S. 137–154.

- MEIER, H./SCHMIDT, W. (Hrsg.): *Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker.* Berlin 1988.
- MEUSCHEL, S.: *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR.* Frankfurt a.M. 1992.
- MILLER, S./RISTAU, M. (Hrsg.): *Erben deutscher Geschichte. DDR-BRD: Protokolle einer historischen Begegnung.* Reinbek b. Hamburg 1988.
- Ministerium für Volksbildung. *Lehrplan Geschichte Klasse 8. Einführung 1969.* Berlin 1968.
- Ministerium für Volksbildung. *Lehrplan Geschichte Klasse 10. Einführung 1971.* Berlin 1970.
- Ministerium für Volksbildung. *Lehrplan Geschichte Klasse 10.* Berlin 1977.
- Ministerium für Volksbildung. *Lehrplan Geschichte Klassen 5 bis 7. Einführung Klasse 5 im Jahr 1966, Klasse 6 im Jahr 1967, Klasse 7 im Jahr 1968.* Berlin 1981.
- Ministerium für Volksbildung. *Lehrplan Geschichte Klasse 9. Einführung 1970.* Berlin 1987.
- Ministerium für Volksbildung. *Lehrplan Geschichte Klassen 5 bis 10. Einführung 1988/89.* Berlin 1988.
- Ministerium für Volksbildung. *Geschichte. Lehrbuch für die Klasse 7.* Berlin 1989.
- MINTENZWEI, I.: *Zwei Gesichter Preußens.* In: H. MEIER/W. SCHMIDT (Hrsg.): *Erbe und Tradition in der DDR.* Berlin 1988, S. 72–78 (zuerst veröffentlicht in: *Forum* 32 [1978] 19).
- MÜLLER-STREISAND, R.: *Zum Lutherjubiläum. Historische Probleme von theologischer Bedeutung.* In: *die zeichen der zeit.* 37 (1983) 7, S. 173–178.
- SABROW, M.: *Die Geschichtswissenschaft der DDR und ihr „objektiver Gegner“.* In: G.G. IGGERS/K.H. JARAUSCH/M. MIDDELL/M. SABROW (Hrsg.): *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem.* Beiheft 27 der Historischen Zeitschrift NF Oldenbourg 1998, S. 53–91.
- SCHMIDT, W.: *Geschichte zwischen Professionalität und Politik.* In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 40 (1992) 11, S. 1013–1030.
- SCHMIDT, W.: *Erbe und Tradition im Geschichtsverständnis der DDR.* In: *Einheit* 43 (1988) 7, S. 637–644.
- SCHMIDT, W.: *Nationalgeschichte der DDR und das territorialstaatliche historische Erbe.* In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 29 (1981) 5, S. 399–404.
- SEEBER, G.: *Vom historischen Erbe der DDR.* In: S. MILLER/M. RISTAU (Hrsg.): *Erben deutscher Geschichte. DDR-BRD: Protokolle einer historischen Begegnung.* Reinbek b. Hamburg 1988, S. 49–55.
- STEINMETZ, M.: *Betrachtungen zur Entwicklung des marxistischen Lutherbildes in der DDR.* In: *Mühlhäuser Beiträge* 5 (1982) 5, S. 3–8.
- SZALAI, W.: *Überlegungen zur Geschichte von Geschichtsunterricht und Geschichtsmethodik in der DDR.* In: Ü. ÜFFELMANN (Hrsg.): *Historisches Lernen im vereinten Deutschland.* Weinheim 1994, S. 30–60.
- TENORTH, H.-E./KUDELLA, S./PAETZ, A.: *Politisierung im Schulalltag der DDR.* Weinheim 1996.
- THESEN ÜBER MARTIN LUTHER. *Zum 500. Geburtstag.* In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 29 (1981) 10, S. 879–893.
- VOGLER, G.: *Abschied vom Lutherjahr – Abschied von Luther?* In: *Mühlhäuser Beiträge* 7 (1984) 7, S. 3–13.
- Was brachte die Luther-Ehrung? *Erster Versuch einer Bilanzierung in einer Umfrage unter Gesellschaftswissenschaftlern und Theologen.* In: *Standpunkt* 12 (1984) 2, S. 40–57.
- WENSIERSKI, P.: *Friedensbewegung in der DDR.* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte.* Beilage zu „Das Parlament“. B 17/1983, S. 3–15.

#### *Anschrift der Autoren:*

Dr. Hans-Jürgen Schreiber/Prof. Dr. Achim Leschinsky, Humboldt-Universität Berlin, Philosophische Fakultät IV, Institut für Schulpädagogik und Pädagogische Psychologie, Abteilung Schultheorie und Didaktik (Sitz: Ziegelstr. 13 c) Unter den Linden 6, 10099 Berlin